

Vorwärts

Berliner Volksblatt

Zentralorgan der Vereinigten Sozialdemokratischen Partei Deutschlands

Die Regierungsfrage in Frankreich.

Léon Blum gegen Koalition.

Aus den Äußerungen der Pariser Blätter gewinnt man noch kein klares Bild über den Charakter der neuen französischen Regierung. Die Parteien der Linken sind zwar darin einig, daß der Kurs Poincarés durch einen deutlich ausgeprägten Linkskurs abgelöst werde, aber wie weit dieser Kurs gehen wird, hängt davon ab, welche der linksstehenden Parteien den ausschlaggebenden Einfluß in der Regierung haben wird. Alle künftigen Regierungskombinationen drehen sich hauptsächlich um die Frage, ob Briand oder Herriot Chef der Regierung werden wird. Daneben steht die Frage im Vordergrund, welche Haltung die sozialistische Partei in der Frage der Regierungsbildung einnehmen wird. Bisher war der Standpunkt der Partei, entsprechend dem Beschluß des Amsterdamer Sozialistenkongresses von 1904 der, daß die Partei sich nur unter ganz besonderen Umständen an einer bürgerlichen Koalitionsregierung beteiligen könne. Dieser Standpunkt scheint auch jetzt in den maßgebenden Kreisen der Partei vorzuherrschen. Laut einer Meldung der Express-Korrespondenz vertritt Genosse Léon Blum in der heutigen Nummer des „Populaire“ folgenden Standpunkt:

1. Hinsichtlich der Mitarbeit der Sozialisten in einem Kabinett seien besondere Umstände, wie sie in der Amsterdamer Resolution vorgesehen sind, nicht eingetreten.

2. Eine direkte Beteiligung der Sozialisten an der Regierung würde sowohl für die Kabinette als auch für die Sozialisten die größten Schwierigkeiten heraufbeschwören.

3. Die sozialistische Partei sei bereit, entsprechend dem Beschluß des letzten Parteitages jede Reform und jede ehrliche Demokratie zu unterstützen und jeder Regierung, die zu einem solchen Werke bereit sei, ihre Hilfe zu leisten. Diese Stützung könne jedoch sicherlich dauernder und wirksamer von außen erfolgen als von innen.

Neben dieser Auffassung wird von einer anderen Gruppe in der Partei die Auffassung vertreten, daß die Sozialisten sich an dem neuen Kabinett beteiligen müßten. Zur endgültigen Klärung dieser Frage wird zum 1. Juni nach Paris ein Parteitag einberufen.

Welche Bedeutung dem Beschluß der Sozialisten in den Kreisen der bürgerlichen Linksparteien beigemessen wird, geht aus folgender Darstellung des linksdemokratischen „Devoir“ über den voraussichtlichen Gang der Entwicklung hervor. Danach wird Präsident Millerand Herriot die Kabinettsbildung mit oder ohne Bedingungen übertragen. Im ersten Falle werde Herriot seine Mitwirkung ablehnen, andernfalls aber die Sozialisten um ihre Mitarbeit ersuchen. Sei der sozialistische Parteitag dafür, so läme ein Linkskartell an die Regierung. Sonst werde sich der neue Ministerpräsident anderswo nach Unterstützung umsehen. Sollte Herriot die Kabinettsbildung nicht übernehmen, so werde sich Millerand voraussichtlich an Briand wenden. Noch energischer wie das „Devoir“ tritt der linksradikale „Quotidien“ für eine Koalition mit den Sozialisten ein, deren Beteiligung an der Regierung er als „unentbehrlich“ bezeichnet.

Die Verhandlungen im Ruhrkampf.

Der Ausgang ungewiß.

Die Verhandlungen im Reichsarbeitsministerium sind heute fortgesetzt worden. Gegen 2 Uhr trat in den Verhandlungen eine kurze Pause ein. Über den Gang der Verhandlungen kann bisher noch nichts mitgeteilt werden. Es ist noch völlig ungewiß, ob auf einen günstigen Ausgang gerechnet werden kann. Es besteht lediglich einige Aussicht, daß die Verhandlungen heute Abend zu Ende gehen.

Freibrot für arbeitslose Bergarbeiter.

Dortmund, 15. Mai. (Ill.) In Dortmund wird an nicht arbeitende Bergleute jeden Alters Freibrot auf dem Wohlfahrtsamt ausgegeben.

Neue Putschgelüste der Separatisten.

Eberfeld, 15. Mai. (Ill.) Aus dem Ruhrgebiet wird berichtet, daß die Separatisten Raitchescher Färbung für die nächsten Tage einen Putsch planen. Sie sagen sich, daß ihre Absichten angesichts des Ausfalls der französischen Wahlen ungesäumt in die Tat umgesetzt werden müssen oder überhaupt niemals ausgeführt werden könnten. Sie halten den jetzigen Zeitpunkt auch deshalb für günstig, weil sie auf die Unterstützung eines Teils der ausgepeinigten Bergarbeiter hoffen. Wie es heißt, soll der Putsch mit der Besetzung der Zechenanlagen durch die von ihnen aufgestellte republikanische Rotwehr beginnen.

Letzte Sitzung des Volksgerichts.

Die Ministerverhaftung im Bürgerbräu.

München, 15. Mai. (Ill.) Das Volksgericht München hielt gestern seine letzte Sitzung ab und beschloß damit seine Tätigkeit. Angeklagt war der ehemalige Leutnant und Student der Staatswissenschaften Rudolf Heß. Die Anklage beschuldigt ihn, auf Seiten Hitlers in den Bürgerbräukeller eingedrungen zu sein, Rohr, Pössl und Seiber bewacht und auf Befehl verschiedene Minister und Beamte der Staatsregierung verhaftet und weggelockt zu haben. Das Gericht erblickte darin eine Förderung

Breitscheid über den französischen Wahlerfolg.

Paris, 15. Mai. (Ill.) Der sozialdemokratische Reichstagsabgeordnete Breitscheid, der sich auf der Durchreise in Paris aufhält, erklärte einem Redakteur des „Populaire“, sicher sei es bedauerlich, daß das Anwachsen der französischen Linken mit einer Rechtsorientierung in Deutschland zusammenfalle. Aber alles berechtige zu der Hoffnung, daß der Sieg der französischen Linken die Aktionsfähigkeit der deutschen Nationalisten schwächen werde; denn es sei nicht zu übersehen, daß die letzteren ihren Erfolg zum Teil der Politik des Nationalen Blocks verdankten. Selbstverständlich könne sich keine deutsche Regierung einbilden, daß sich die durch den Bericht der Sachverständigen geschaffene Lage durch den Sieg der Linksparteien geändert habe. Die deutschen Sozialisten hätten ihren Wahlsieg hauptsächlich unter der Parole „Annahme des Sachverständigenberichts“ geführt, und jetzt werde es ihre Hauptaufgabe sein, mit allen Kräften zu verhindern, daß man von dieser Linie abweiche. Auf alle Fälle sei zu erkennen, daß, wenn auch die Situation an sich dieselbe bleibe, die Atmosphäre sich doch geändert habe.

Er sei überzeugt, daß man bei beiderseitigem guten Willen in verhältnismäßig kurzer Zeit zu einer befriedigenden endgültigen Lösung der Reparationsfrage und der Frage der Ruhrbesetzung gelangen werde. Die deutschen Sozialdemokraten seien stolz darauf, daß der internationale Sozialismus in größtem Maße dazu beigetragen habe, die Hindernisse zu beseitigen, die sich dem allgemeinen Frieden entgegenstellten.

„Das Unglück des deutschen Reichsrates“.

London, 15. Mai. (Ill.) „Daily Chronicle“ schreibt, die französische Regierung, die wahrscheinlich gebildet werden würde, eröffne weit hoffnungsvollere Aussichten. Ihr aufrichtiger Wunsch nach finanziellen Reformen bedeute, daß sie ebenso wie Großbritannien deutsche Reparationen um ihrer selbst willen suchen müsse und nicht als einen Vorwand zu annexionsistischen „Sicherheiten“. Auf diesem Wege sei der Dawes-Bericht der anerkannte Wegweiser. Es sei jedoch ein großes, wenn auch leichterkennbares Unglück, daß zur selben Zeit, wo Frankreich eine Kammer wähle, die dem Frieden und der Regelung der zu lösenden Probleme günstig gestimmt sei, die Wahlen in Deutschland einen starken Rückenschlag ergeben hätten. Doch mehren sich die Zeichen, daß die Deutschnationalen nicht das Odium auf sich nehmen würden, die Abstimmung über eine Verfassungsänderung zu benutzen, um den Dawes-Bericht zum Scheitern zu bringen.

Der diplomatische Berichterstatter des „Daily Telegraph“ sagt, daß Gerüchten zufolge, die in London aus gutunterrichteter Quelle eingetroffen seien, annähernd 75 der Anhänger Herzigs bereit seien, die Politik des Reichstagslers Marx und des Außenministers Stresemann anzunehmen. Es sei zu hoffen, daß der Umsturz nach links in Frankreich nicht unter den deutschen Politikern die gefährliche Täuschung beleben werde, daß die neue französische Regierung weniger auf Reparationen und Sicherheit bestehen werde als die vorige, wenn sie vielleicht auch bereit sein werde, mit einem Deutschland, das ehrlieh seine Verpflichtungen erfüllt, zusammenzuarbeiten.

des Hitler-Unternehmens. Er wurde wegen Beihilfe zum Hochverrat zu einer Festungstrafe von 1 Jahr 6 Monaten und einer Geldstrafe von 30 M. verurteilt. Er hat diese Strafe sofort anzutreten. Für den Strafteil von 1 Jahr 3 Monaten erhielt er Bewährungsfrist bis zum 1. Mai 1928.

Gegen die völkischen Treibereien.

Auch der Breslauer Stahlhelm-Rummel verboten.

Breslau, 15. Mai. (Ill.) Die Ortsgruppe Breslau des Stahlhelms hatte für den nächsten Sonntag eine große Kundgebung angekündigt, zu der auch Meldungen von auswärtigen Verbänden zahlreich eingegangen sind. Wie mitgeteilt wird, hat das Preussische Ministerium des Innern die Genehmigung zu der geplanten Kundgebung versagt. Zugelassen ist allein eine Versammlung im großen Saal des Schichwerder, die vorchriftsmäßig angemeldet worden ist.

Aus der Presse ist zu ersehen, daß verschiedene Organisationen am kommenden Sonntag festliche Veranstaltungen begehren, wobei sie Versammlungen oder Umzüge unter freiem Himmel ins Auge gefaßt haben. Es wird vom Polizeipräsidium ausdrücklich darauf hingewiesen, daß Veranstaltungen unter freiem Himmel grundsätzlich verboten sind und keineswegs stattfinden dürfen.

Die neuen Reichsilbermünzen werden von den Postanstalten auch bei der Begleichung der Einzahlungen auf Zahlkarten und Rentenmarktpostanweisungen unbeschränkt angenommen. Für Wertbriefe nach Spanien ist der Reichsbetrag der Wertangebote auf 3000 Goldmark herabgesetzt worden.

Vertagung der serbisch-französischen Verhandlungen. Die serbische Regierung hat ihre Gesandtschaft in Paris aufgefordert, der französischen Regierung mitzuteilen, daß die Reise des Königs, der am 25. Mai zu einem offiziellen Besuch in Paris eintreffen sollte, wegen der Ministerkrise in Serbien auf unbestimmte Zeit verschoben worden sei.

Sungassen am Leben. Einer „Times“-Meldung aus Hongkong zufolge bezeichnet der Sekretär Sunpatens die Meldung über den Tod Sunpatens als vollkommen unwahr und als Erfindung seiner Feinde.

Ansturm von rechts.

Unentschiedenheit der Mitte.

Der heute morgen hier mitgeteilte Beschluß der Deutschen Volkspartei und der neue Ansturm der Rechten gegen den Bestand der Regierung Marx kennzeichnen die innerpolitische Lage. In der Presse der Mittelparteien wird der volksparteiliche Beschluß gar nicht oder recht zurückhaltend kommentiert, man begreift, daß er dort einige Verlegenheiten bereitet hat.

Der „Berl. Volksanzeiger“, der trotz seiner ausgesprochen deutschnationalen Haltung noch mancherlei aus den Beratungskammern der Volkspartei erfährt, bemerkt zu dem Beschluß:

Wie wir hierzu noch weiter erfahren, glaubt man in volksparteilichen Kreisen, daß der gegebene Weg zu der Regierungsbildung darin zu suchen ist, daß beim Wiederausbruch des Reichstages die Deutschnationalen als stärkste Fraktion mit der Regierungsbildung beauftragt werden. Man nimmt an, daß diese Partei dann ihr Kabinett auf der Basis des großen Bürgerblocks zu bauen versuchen wird. Erst wenn dieser Weg sich aus irgendwelchen Gründen als ungangbar erweisen sollte (was jedoch nicht als wahrscheinlich angesehen wird), könnte die Möglichkeit in Betracht gezogen werden, daß das jetzige Kabinett oder eine auf der gleichen Basis gebildete ähnliche Regierung die politischen Geschäfte weiterführt.

Ist diese Erläuterung des volksparteilichen Beschlusses richtig, dann kann der Vorstoß der Rechten gegen den weiteren Bestand des Kabinetts Marx nur als eine Parallellaktion zu ihm aufgefaßt werden. Es ist in politischen Kreisen und wohl auch im Kabinett selbst viel über die Frage gesprochen worden, ob der Wahlausfall den sofortigen Rücktritt bedinge oder ob die Reichsregierung den Zusammentritt des Reichstages abwarten und von seiner Stellungnahme ihr Gehen oder Bleiben abhängig machen dürfe.

Eine bestimmte Praxis hat sich bei uns auf diesem Gebiet noch nicht herausgebildet. Das Verhalten des Kabinetts Müller nach den Wahlen von 1920 entsprach einer starren Auslegung der demokratischen Verfassung, die in der Regierung nur einen ausführenden Ausschuß des Parlamentes sieht, ohne ihr die Möglichkeit zu geben, für ein eigenes Programm um eine Mehrheit des Parlamentes in parlamentarischer Feldschlacht zu kämpfen. Eine solche enge Auslegung der parlamentarischen Demokratie ist weder im Sinn noch im Wortlaut der Verfassung begründet, noch geht sie zwangsläufig aus dem Wesen der Demokratie hervor. Führertum und Demokratie sind nicht unvereinbare Dinge — die formale Demokratie wird durch wahres Führertum erst mit Leben und Inhalt erfüllt. Das Kabinett Müller wählte nach den Wahlen von 1920 den Rücktritt, die strengste und stärkste Auslegung der parlamentarischen Demokratie, als Demonstration für die neue Verfassung. Diese Betonung des formalen Prinzips durch das Kabinett Müller aber schafft noch kein Wohnheitsrecht. Die Regierung Marx ist darum weder durch zwingende Verfassungsvorschriften noch durch Gewohnheitsrecht gebunden in ihren Entscheidungen. Es steht ihr frei, ob sie mehr das formale Prinzip oder mehr das Führerprinzip betonen will, ob sie sich durch die Berufung auf das Formale vom Kampf um ihren außenpolitischen Kurs zurückziehen will, oder ob sie diesen Kampf bis zu einem eindeutigen und bindenden Beschluß des Reichstages fortsetzen will.

Die heftigen Angriffe, die von rechts her, von der „Kreuzzeitung“ und der „Deutschen Zeitung“, gegen den Bestand der Regierung Marx gerichtet werden, finden deshalb keine Begründung in der Verfassung und im parlamentarischen Brauch. Diese Angriffe sind politische Angriffe. Sie gelten dem außenpolitischen Kurs, den die Regierung Marx bisher eingeschlagen hat.

Die Deutschnationalen wollen der offenen parlamentarischen Feldschlacht für oder gegen das Sachverständigen-gutachten ausweichen. Sie wollen vor dem Zusammentritt des Reichstages den Rücktritt der Regierung, um schon vor diesem Termin in Verhandlungen die Annahme des Sachverständigen-gutachtens wieder praktisch aufzuheben. Sie wollen den Rücktritt der Regierung Marx ferner, um die Durchführung der Gutachten zu sabotieren. Daher richtet sich ihr neuester Angriff gegen die technischen Vorbereitungen, die in den Ministerien getroffen werden, um eine rasche Durchführung der Gutachten zu ermöglichen. Die „Kreuzzeitung“ erhebt folgenden Vorwurf gegen die Regierung:

„Wie sich jetzt aber immer deutlicher zeigt, geht das Kabinett über diesen Standpunkt weit hinaus, ja es ist im Begriff, aus dem unheilvollen Entschluß der vorbehaltenen Annahme des Sachverständigen-gutachtens bereits praktische Folgerungen zu ziehen. Nicht nur, daß verschiedene deutsche Vertreter für die dort vorgesehenen Kommissionen bereits ernannt sind, hat man darüber hinaus bereits Geheimsprachen in Angriff genommen, die bei einer Durchführung des Sachverständigen-gutachtens in Betracht kommen.“

Es ist unbegreiflich, daß das Kabinett Marx-Stresemann die Verantwortung für Handlungen übernehmen will, die ihm weder in sachlicher noch in moralischer Beziehung zustehen. Das Kabinett Marx-Stresemann hat in diesen Tagen bewiesen, daß es die Grenzen, die einem Übergangskabinett politisch gezogen sind, nicht innezuhalten vermag. Wir fordern deshalb umgebenes Rücktrittsgesuch des Kabinetts, damit eine Reinigung der Atmosphäre eintritt und nicht noch mehr verhängnisvolle Regierungsalte vollzogen wer-

den. Wir hoffen, daß die Parteileitung der Deutschnationalen Volkspartei in dieser Richtung einen energischen Schritt tut, die Regierung Marx-Stresemann zum Rücktritt auffordert und sie zu der Verpflichtung zwingt, bis zur Ernennung eines anderen Kabinetts sich der Weiterführung direkter und indirekter Verhandlungen über das Sachverständigengutachten zu enthalten."

Damit legt die „Kreuz-Zeitung“ den von der „Deutschen Zeitung“ eröffneten Angriff fort. Die sachliche Begründung dieses Angriffes wird bereits heute morgen in der „Germania“ zerstört. Sie schreibt:

„Offensiv ist der Rollenwechsel zwischen Deutschland und der Reparationskommission in den Räumen der „Deutschen Zeitung“ noch nicht bekennt geworden, jener Rollenwechsel, in dem die Reparationskommission Deutschland ausdrücklich gebeten hatte, die notwendigen Gesetzentwürfe zur Ausführung der Sachverständigengutachten vorzubereiten. Es ist also selbstverständlich richtig, daß in den Ministerien diese Gesetzentwürfe ausgearbeitet werden. Dieser Tatbestand ist aber keineswegs geheim gehalten, sondern der Öffentlichkeit mehrfach in aller Offenheit und Klarheit mitgeteilt, ja, es sind sogar die Oppositionsparteien offiziell darüber unterrichtet worden. Im übrigen sind ähnliche Gesetzentwürfe schon zur Zeit der Regierung Cuno ausgearbeitet worden, deren Angebot vom vorigen Juni ja starke Parallelen mit den jetzigen Sachverständigenentwürfen aufweist; die gegenwärtige Arbeit besteht also in der Hauptsache darin, die früheren Entwürfe nach den Erfordernissen der Sachverständigenentwürfe zu modernisieren. Die Erregung der „Deutschen Zeitung“ ist schon deshalb nicht recht verständlich, weil ja keines dieser Gesetze Wirklichkeit werden kann, wenn der neue Reichstag ihnen nicht zustimmt, so daß die Oppositionsparteien durchaus die Möglichkeit haben, ihre Bedenken in die Tat umzusetzen.“

Es geht den Deutschnationalen darum, den Beschlüssen des Reichstages vorzukommen und für den Fall der Annahme der Gutachten durch den Reichstag technische Schwierigkeiten zu schaffen. Das Problem der Regierungsbildung ist nach diesen Angriffen und dieser Verteidigung klar auf die Frage reduziert worden: Soll es bei der Annahme der Sachverständigenentwürfe bleiben und sollen sie ehrlich und aufrichtig durchgeführt werden, oder soll dieser Kurs verlassen werden, sei es auf geradem, sei es auf krummen Wegen. Die Absicht der Deutschnationalen ist klar — die Deutsche Volkspartei aber hält sich in gewollte Zweideutigkeit. Die „Germania“ verteidigt den bisherigen außenpolitischen Kurs der Regierung, die „Frankfurter Zeitung“ weist darüber hinaus auf die Notwendigkeit hin, die innere Freiheit zu schützen gegen die Deutschnationalen. Die bürgerlichen Mittelparteien werden zunächst Klarheit im eigenen Lager schaffen müssen.

Die Reichsregierung, deren Mitglieder jetzt wieder vollständig in Berlin versammelt sind, wird, wie Eva meldet, am Freitag und Sonnabend zusammentreten. In der ersten Sitzung dürften Fragen der äußeren Politik, insbesondere die Sachverständigenentwürfe, zur Erörterung stehen.

Des weiteren dürfte sich die Reichsregierung mit der durch die Wahlen geschaffenen Parlamentslage befassen, vor allen Dingen mit der Frage, wie die Regierungsbildung erfolgen kann. Die Reichsregierung ist vorerst nicht genehm, der Aufforderung der Deutschnationalen nachzukommen und sich bis zur Bildung einer neuen Regierung jeder Weiterführung direkter oder indirekter Verhandlungen über das Sachverständigengutachten zu enthalten.

Der hiesige Ausschuss der Zentrumsfraktion des Reichstages wird am Sonnabend zusammentreten. Es handelt sich um die Stellungnahme zu Fragen der äußeren und inneren Politik, unter anderem dürfte auch die Anregung aus den bürgerlichen Mittelparteien, einen „Nationalen Block der Mitte“ zu schaffen, zur Erörterung stehen.

Das Sachverständigengutachten ist im Druck der der Frankfurter Sozialdruckerei erschienen.

Es ist heraus — wir sind korrupt!

Sonderbare Enthüllungen der „Roten Fahne“.

Zum Prozeß Wels gegen „Rote Fahne“ veröffentlicht das kommunistische Zentralorgan jetzt sogar ein Dokument. Es ist ein Brief des Sozialdemokratischen Vereins Altona-Ottensen an die Bezirksführer und aktiven Genossen, unterzeichnet „Der Parteivorstand“. Darin heißt es:

„Von besonderer Seite ist dem Parteivorstand eine Summe Geldes mit der ausdrücklichen Bestimmung, daß sie als Entschädigung für unsere Helfer am Wahltag ausgezahlt wird, übergeben worden.“

Zur Auszahlung kann 1 Mark pro Kopf gelangen. Jeder Bezirksführer hat eine namentliche Liste derjenigen Genossen und Genossinnen, die Anspruch auf diese Entschädigung erheben, im Laufe des Wahltages seinem Distriktsführer einzureichen, der das Geld sofort auszahlt.

Jeder Tag bis zur Wahl und der Wahltag sind Kampftage für die Partei.

Der örtliche Parteivorstand von Altona hat wirklich den Wahlhelfern zur Vergütung ihrer Unkosten 1 M. ausgezahlt, wozu er durch eine Zuwendung von parteigenössischer Seite instand gesetzt wurde. Nun hat die „Rote Fahne“ bisher behauptet, nicht der Altonaer Parteivorstand, sondern der Reichsparteivorstand habe nicht von einem Parteigenossen, sondern von der Reichsregierung nicht ein paar tausend Mark, sondern drei Viertelmillionen Mark bekommen. Aber auf so kleine Unterschleife kommt es nicht an. Außerdem wird die „Rote Fahne“ ohne Gnade noch weitere Dokumente veröffentlichen, aus denen so klar wie aus diesem hervorgeht, daß die Sozialdemokratie „die gekaufte Partei des Arbeiterrats“ ist. Wir aber werden es uns überlegen müssen, ob wir uns mit diesem bösen Ull schmieriger Verleumder noch weiter beschäftigen sollen.

Ein „nationaler“ Klub.

Staatsminister a. D. Heinze übernimmt den Vorsitz.

In Dresden ist, wie die Telegraphenunion meldet, ein sogenannter „Nationaler Klub“ gegründet worden, dessen Mitglieder, zurzeit etwa 600, sich über ganz Sachsen verteilen. Der Zweck der Gründung ist, wie es in der Erklärung heißt, „Deutsch-nationale, Volksparteiler und gemäßigte Völkische zu gemeinsamer Arbeit im nationalen Sinne zusammenzuschließen zur Erreichung der Ziele, die den genannten Parteien und jedem wahrhaft Deutschfühlen den erstrebenswert sind.“ Den Vorsitz hat der Reichsstaatsminister a. D. Heinze, das bekannte Mitglied der Volkspartei, übernommen.

Die wahren Ziele des „nationalen“ Klubs gehen aus der Erklärung nicht hervor. Die Art der Aufmachung läßt aber darauf schließen, daß es sich um eine jener schwerindustriellen Unternehmungen handelt, deren Ziel es ist, die Sozialdemokratie zu verdrängen, um überall in Wirtschaft und Politik dem „Her-im-Hause“-Standpunkt der Unternehmer zum Siege zu verhelfen.

Es ist bezeichnend, daß an der Spitze des Klubs der Volksparteiler Heinze steht, der auf dem rechten Flügel seiner Partei seit langem eine Rolle spielt. Auch diese Neugründung deutet darauf hin, daß mit dem Ausscheiden der Nationalliberalen Vereinigung die Kämpfe in der Volkspartei nicht abgeschlossen sind.

Völkische Wirtschaft.

„Zwangsmittel des kommenden Wirtschaftsdictators“.

Die völkische Wirtschaft ist ein köstliches Problem. Die Völkischen haben dem Marxismus Lohndienstleistungen geschworen, aber ihr Wirtschaftsprogramm macht beim Marxismus sehr ausgiebige Anleihen. Die Völkischen sind deshalb von den Deutschnationalen als Hebermarxisten bezeichnet worden. Die alldeutsche „Deutsche Zeitung“, die zwischen Deutschnationalen und Völkischen hin- und herpendelt und für Diktatur schwärmt, ohne zu wissen, woher man die Diktatoren nehmen soll, ist in der Wirtschaftsfrage besonders originell. Sie verwirft das Wirtschaftsprogramm der Völkischen, ist aber als Organ der „Auchvölkischen“ mit der heutigen Wirtschafts-

ordnung auch nicht zufrieden. Was sie eigentlich will, hat sie bisher schamhaft verschwiegen. Jetzt lüftet sie das Geheimnis.

„Karl Marx und sozialer Revisionismus, professoreskales Geklingel über Wirtschaftswissenschaft, sozialistische Windbeulen, christlich-sozialer Dunst, so heißt es in dem Blatt, werden uns von der Lösung ebensowenig entfernen wie die Selbstverstümmelung des Unternehmers und Unternehmerrätens durch Gewerkschaftsführer und Syndici.“ Und wie heißt die richtige Lösung? Die Sache ist sehr einfach:

„Nach innen ist das Unternehmertum seiner Aufgabe nicht gerecht geworden durch sein unfaires Verhalten. Doch in einem anderen Sinne als der landläufigen Meinung. — Die soziale Frage, das behaupte ich kühnlich, wird nur gelöst auf dieselbe Weise wie die politische. Ihre Lösung kann sie richtig finden nur durch den Unternehmer selbst (jeder andere Versuch ist vom falschen Ende aus angefangen).“

„Daß der Unternehmer sozial handele, dazu kann er nie durch „auf den Kopf stülpen“ der Dinge gebracht werden. Dazu helfen allein die Selbsterziehung des Unternehmers in volkischem Geist und, wo die nicht ausreicht, die Zwangsmittel des kommenden Wirtschaftsdictators, ohne den ich keine Gesundung unserer todkranken Wirtschaft zu erkennen vermag.“

Damit hat der Wirtschaftspolitiker der „Deutschen Zeitung“ eine Lundenorffsche Patentlösung gefunden. Nur der Unternehmer kann eine Gesundung der Wirtschaft herbeiführen, deshalb muß ein Wirtschaftsdictator kommen und den vom unfaireren Unternehmertum kaputtgeschlagenen Laden durch Zwangsmittel wieder leeren. . . Wir besichtigen, daß selbst manchen Völkischen bei diesen Ratsschlägen alldeutscher Finanzräte etwas bang zumute wird.

Das Wirtschaftsgenie der Nationalisten ist der Abg. Gottfried Feder, nach dessen Theorien das nationalsozialistische Wirtschaftsprogramm aufgebaut ist. Feder war von Hitler beim Putz in Bürgerbräu zum Finanzminister ernannt worden. Er ist deswegen, wie wir melden, vom Münchener Volksgericht wegen Amtsanmaßung zu 50 M. Geldstrafe verurteilt worden. Dazu schreibt das „Berliner Tageblatt“:

Wie die Verhandlung vor dem Münchener Volksgericht gegen den nationalsozialistischen Abgeordneten Gottfried Feder ergibt, sind die Nationalsozialisten nach dem Novemberputz dem kommunistischen Beispiel gefolgt. Sie haben ebenfalls die Banken und die Bankdepots für verstaatlicht erklärt. Aber es wäre falsch, in Gottfried Feder einen slavischen Nachahmer über Volkswissenschaft zu sehen. Er hat dem Marxismus eine interessante Schattierung gegeben. Er hat nämlich, in rechtzeitiger Abnung der kommenden Dinge, sein eigenes Bandendepot vorher abgehoben und in Sicherheit gebracht. Er wird also in der Lage sein, die vom Volksgericht über ihn verhängte riesige Strafe von 50 M. (etwa die angemessene Strafe für Raubfahren ohne Kaserne) zu bezahlen. Der nationalsozialistische Abgeordnete ist also ein Anhänger von Broudhon, aber er bildet dessen Theorie fort: das Eigentum der anderen ist Diebstahl.

Börse und Bergarbeiterstreik.

Hoffnung auf Beilegung.

Die heutige Börse konnte noch anfänglich schwankender Haltung ihre Befestigung bei ziemlich lebhaftem Verkehr weiter fortsetzen. Zu Beginn lagen einige verflimmende Momente vor. Man fand es seltsam, daß die Ergebnisse des Hamburger Vorklearings nicht veröffentlicht werden, und glaubt, daß gerade eine Veröffentlichung der Ergebnisse zur Beruhigung der Öffentlichkeit beitragen würde. Auch die bisherige Ergebnislosigkeit der Stützungsaktion im Metallhandel erregte einiges Bedenken, doch hofft man, daß die noch zurückstehenden Metallfirmen ihre absehbare Haltung in nächster Zeit aufgeben werden. Günstig angeregt wurde die Tendenz durch den neuen Reichsbankausweis, der eine wesentliche Entlastung des Instituts aufweist. Bezüglich der Verhandlungen im Bergarbeiterstreik gibt man sich der Hoffnung hin, daß die Verhandlungen schon heute zu einem befriedigenden Ergebnis führen werden.

Die Lage des Geldmarktes bleibt leicht. Tägliches Geld ist zum Satz von 1/2 Promille reichlich angeboten. Monatskredite waren bereits unter 4 Proz. zu haben.

Neues von Goethe.

Kiemers „Mitteilungen über Goethe“ sind zweifellos eines der bedeutendsten Zeugnisse, die wir über die Persönlichkeit des Dichters besitzen. Unter den engeren Mitarbeitern des Dichters war er der bedeutendste, und seine Tagebücher, in denen er über seinen täglichen Verkehr mit Goethe genaue Aufzeichnungen machte, sind daher eine überaus wichtige Quelle, die bisher noch immer nicht völlig ausgeschöpft ist. In dem von dem Insel-Verlag erschienenen 3. Bande des „Jahrbuchs der Sammlung Kappenberg“ werden aus den Tagebüchern, die sich im Besitz Kappenbergs befinden, jetzt die noch unerschlossenen Stellen der Jahrgänge 1811—1816 bekanntgemacht, die als wertvolle Ergänzung zu Goethes Tagebüchern bedeutendes Licht auf den Meister werfen. Das Jahr 1811 zeigt Kiemer als den langjährigen Hausgenossen und Vertrauten.

Im Frühjahr 1814 gestaltet sich das Verhältnis besonders eng und herzlich. Kiemer hat sich in die Freundin und Hausgenossin Christiane, Karoline Ulrich, verliebt, und die Art, wie er um sie wird, zeigt uns, daß sie wohl auch auf Goethe einen tieferen Eindruck gemacht hatte. Die väterlich-liebvolle Beziehung des Dichters zu dem „reizenden Nebengestirn“ wird uns hier überhaupt zum ersten Male enthüllt. Kiemer wagt seine Verlobung Goethe nicht selbst mitzuteilen, sondern läßt ihm die Nachricht durch seinen Sohn beibringen. Nachdem er die Nachricht erhalten, heißt es dann in Kiemers Tagebuch unter dem 27. Oktober 1814: „Vor Goethe eben angekommen. Kam vor, aber ganz verflört. Küste Ulr., auf eine schmerzliche Weise.“ Die Verheiratung Kiemers mit Karoline hat jedoch in dem alten herzlichen Verhältnis nichts geändert. Unter den noch nicht bekannten Aufzeichnungen Kiemers über Versicherungen Goethes interessiert besonders, was er über seine „Liebungen gegen den Schwindel“ bemerkt. „Die Sentimentalität, besonders die allem etwas abempfindende, ist ein Zustand, der große Beängstigung mit dem des Akonitgiftigen hat“, zeichnet Kiemer am 15. März 1811 als Mitteilung Goethes auf. „Es macht alles einen frischen Eindruck auf ein weiches Herz, da die Gesundheit eben darin besteht, daß man von nichts so sehr angegriffen wird und sich gleichgültig gegen jenes verhält, — daß man eben einen Puff verträgt. Die fliegende Sentimentalität gleicht dem verrenkten Zustand, wo einen alles angreift, verstimmt und verdrießlich macht. — Das Roke am Menschen bleibt immer einigermassen, oder etwas Klobes bleibt immer an jedem Menschen, und das ist dasjenige, wodurch er lebt und woraus er sich nährt. Es ist wie der Mutterkuchen oder das Glieder am Hintern des Huhns, woraus es eine Zeissung Nahrung nimmt.“

Aus seinen naturwissenschaftlichen Studien wird am 23. August folgende Betrachtung Goethes verzeichnet: „Die Natur ist größer als der Begriff und ist kleiner als die Idee, daher der Mensch noch immer einen Gott hinter der Natur sieht, damit er etwas ihm Neuliches habe. In Verbindung mit einem rechten und eigenartigen Pathos, der die Kombinationslehre angewendet, müßte man es groß die möglichen Gesetze ausfindig machen. Die Erfahrung gibt uns oft nur die Varietäten von möglichen, denn durch

die Fortschritte der Kultur kommen gewisse Tiere nicht mehr zum Vorschein. Es gibt so zu nennende mögliche Tiere, als das Roke zum Beispiel, die gleichsam so wie sie sind, zur Welt sprangen; andere, wie gesagt, die nur in der Varietät existieren. Der Etat eines jeden ist und bleibt die Hauptsache, und der ist überall derselbe oder im selben Verhältnis; wenn der Roke 10 000 Taler zu verwenden hat, so hat die Maus 1000 Pfennige. Die Ausnahme macht die Regel nicht falsch. Sie nötigt uns nur, eine höhere Formel zu suchen, worunter sie subsumiert wird.“ Ueber den Chor im Drama sagt Goethe am 2. März 1812: „Der Chor in der alten Tragödie ist ein Vermittlungs-, etwas, das die Szene und die Zuschauer zusammenbringt und verbindet. Im „Wieruchsmangischen Februar“ sah man, daß ein Chor fehlte, der die Handlung dieser Menschen mit den Zuschauern verknüpfte. Man hätte das Gefühl der unendlichen Einsamkeit, als wenn die Welt ausgestorben und diese Menschen Gott weiß von welchen unsichtbaren Dämonen geplagt würden.“

Einakter von Shaw.

Theater in der Königsgräber Straße.

Beruf, politischer Akt, Liebesakt — abgesplittert vom Studentenspielmacher und vom dem Zeitungsleser Shaw, der allmorgendlich ins Watt schaltet, ob er nicht darinnen eine Reisendumbheit entdecken könnte. Daher der Name für seinen lustigsten Akt „Zeitungsauschnitte“. Schwefeläurehaltiger Hohn auf die Weiber, die Politik machen wollen. Nicht das Frauenstimmrecht wird angegriffen, sondern das Weibchenstimmrecht und das Waschweiberstimmrecht und entlarvt in alledem das Männerstimmrecht, wofür die Männer zum Weibchen und Waschweibern werden. Ein drohlicher General, der aus lauter Waschweibercharakter seine Scheuerfrau heiratet. Er heißt nicht Ritchener, sondern Ritchener, und sein Kollege, der Minister, heißt nicht Asquith, sondern Balsquith. Diese Verbalhornung, die gar nicht ins Schwarze trifft, doch überall den Mann auf der Straße und im Unterhause fängt, hat vor zwei Jahrzehnten ungefähr gesehen. Heute ist sie zehn geworden und geschicklich, und man merkt es kaum, daß Shaw einmal eine ganze Portion Courage brauchte, um einen britischen Highländer und Dubelackpfeiferhauptling als Sansurwurf im roten Rode zu zeigen. Man denke: Lord Ritchener, Burenkrieg, Mary Bant-horst, Stimmrechtstreit der englischen Weiblichkeit, und Shaw schüttelte einen dreiviertel Liter best dosierter Galle über das ganze Familien- und Bierbankfest.

Im anderen Akt lieben die Deutschen so plemig durcheinander, daß Weibchen und Freundinnen gar nicht mehr auseinandergehalten werden können. Und im letzten Akt ist der Bößwinn so ungeheuerlich, daß man nur behaupten kann: es ist besser, der Mensch lebte seine fünf Sinne, als daß eine ganze Mannsbildergesellschaft sich in Jöfchenröde und fliehendes Damennachtgewand verkleidet. Allerdings haben Hermann Ballentin und Hans Hermann das mit beträchtlicher Komik getan.

Anzumerken wäre noch, daß der Kassische Verdenischer Shaws unermüßlich seine Sprachverderber und Wortverderberung weiterreibt. Er ruiniert den sorgfältigen und spitzigen Witz und dadurch

auch den Stoff, in dem der Regisseur solche Grotesken spielen lassen sollte. Das im Ausdruck oft sehr geschwollene, in der Geschwollenheit aber höchst kurzweilige Volk wird heruntergepoltert werden mit Cleanston für die Männer, mit Vollett und Hegerton für die Weiberchen. In diesen Stücken soll niemals ein Konversationsston herrschen, höchstens eine Parodie darauf. Der Uebersetzer Shaws vergißt das ganz und verbeutet ins Wiener Kaffeehausgeschmauf. Da kommt denn alles viel zu artig heraus, und den Schauspielern, die sich austoben sollten, wird jede Sekunde ein gequälter Prosopon in den talentierten Mund geschoben. m. h.

Ein neues Giftgas.

Londoner Blätter melden, daß ein neues Giftgas entdeckt worden ist, das an fürchterlicher Wirkung alle bisherigen Kriegsmittel dieser Art übertrifft. Es ist unsichtbar und geruchlos; es kann von Flugzeugen aus leicht überall hingezogen werden. Niemand, der dieses Gas einatmet, ahnt, daß er zugleich den Tod in sich aufnimmt, aber nach 6 bis 12 Stunden stirbt er unter fürchterlichen Qualen. Der Professor an der Londoner Universität, Delise Burns, sagt darüber: „Das Gas ist derartig, daß es auf den Boden sinkt und seine tödliche Wirkung in Kellern oder den Schächten der Untergrundbahn zwei Tage lang behält. Gegen Ende des Krieges war man bereits diesem Gas auf die Spur gekommen, aber man war noch nicht imstande, es in genügend großen Mengen herzustellen. Die Chemiker haben nun diese Aufgabe gelöst. Während in Washington die große Abrüstungskonferenz tagte, waren in den Vereinigten Staaten 200 der fähigsten Chemiker in dem Edgewood-Arsenal in der Nähe von Washington eifrig damit beschäftigt, dieses neue Gas herzustellen, von dem Amerika nunmehr über gewaltige Vorräte verfügt. Gasmasken sind der einzige Schutz gegen das Gas, aber man wird schwerlich eine ganze Bevölkerung in wenigen Minuten mit Gasmasken versehen können.“ Major Lesabure, der ein besonderer Kenner der Weibchen des Gostkrieges ist, erklärte: „Für ein Volk, das das Geheimnis dieses fürchterlichen Gases kennt, wird es möglich sein, rund um sein Land eine Gasbarriere zu legen, die es einer feindlichen Armee tagelang verwehren wird, seine Grenzen zu überschreiten. Etwa zwei Tonnen dieses Gases können in einem Flugzeug mitgenommen werden, und diese Menge genügt, um in einem Umkreis von etwa einem halben Kilometer vor dem Ort, an dem das Gas herabgeworfen wird, den sicheren Tod zu verbreiten.“

Die Volkshöhle hat Friedrich Volk's Tragedie aus den Bauernkriegen „Der arme Konrad“ erworben und eröffnet damit im September die kommende Winterpielzeit. Das Werk wird vom Direktor Feil Holl inszeniert. Die Titelrolle spielt Adolf Franz, der Darsteller des „Konrad“ in der Stuttgarter Uraufführung.

Bühnendramen. In der Vorstellung von Tolles „Hintermann“ spielt jetzt an Stelle von Wendes Strohrama Lore Wagner vom Deutschen Theater die Rolle der Grete Hintermann.

Eine umfangreiche Bücherprobe, 20000 Bücher, zumeist erschlenden An-satz, stellt die Gesellschaft für Volksbildung (Berlin NW 52, Platanen-Str. 21) aus der Reichs-Einstellung wenig bemittelten Volkshöhle in unentgeltlich zur Verfügung. Die Einbände werden berechnet.

Auf Fahnenjude.

Wo kauft man eine Fahne der Republik?

Gewiß werden viele, die diese Ueberschrift lesen, überlegen lächeln und sagen: „Welch überflüssige Frage! Wie man in den Besitz einer Fahne der Republik, einer schwarz-rot-goldenen Fahne kommt? Sehr einfach, indem man hinget und sich eine kauft!“ Vorbeizurufen! Wer eine solche Fahne haben, sie heraushängen oder hissen will, der muß sie sich selbst anfertigen oder, wenn er das Geschäft nicht versteht, muß er sie sich anfertigen lassen. Diese allerdings sehr merkwürdige Kenntnis bekommt man, wenn man, um eine Fahne der Republik zu kaufen, in ein Warenhaus geht. Man denkt sich sehr selbstverständlich, in einem Warenhaus, unter dessen weitgestrecktem Dach alles zu haben ist, von der Siedelpfanne bis zur elegantesten und teuersten Wohnungseinrichtung, muß es auch Fahnen geben. Aber siehe da: es gibt keine Fahnen.

Das ist so in dem Warenhaus am Dönhofsplatz und genau so in dem Warenhaus am Potsdamer Platz. Kommt man in eines dieser Warenhäuser und fragt nach einer Fahne, begegnet man höchst erstaunten Gesichtern der Verkäufer. Da keiner Bescheid weiß, macht man sich auf die Wanderung. Vom Stofflager zum Futterstofflager, vom Baumwollstoff zum Webstoff und von da zur Sportabteilung. Bergelisch. Endlich hilft ein Kaponchel aus der Verlegenheit und erklärt: „Fertige Fahnen führen wir überhaupt nicht!“ Auf die erstaunte Frage nach dem Grund erfährt man: „Jah, das ist so eine eigene Sache. Früher, da hatten wir fertige Fahnen. Heute erhält man sie auch nicht in den Spezialgeschäften. Denn welche Fahnen soll man führen? Die Fahne der Republik ist schwarz-rot-gold, gewiß, das weiß ich. Aber viele wissen es nicht oder wollen es nicht wissen und verlangen schwarz-weiß-rote Fahnen. Darum haben wir nur Fahnenstoffe. Jeder muß die Streifen für seine Fahne kaufen und sich dann eine anfertigen lassen.“ Und der Herr Kaponchel ist ein wichtiger Mann und meint dann noch: „Außerdem kann man ja nicht wissen, ob nicht demnächst eine neue Revolution kommt und neue Fahnen und Farben vorschreibt!“

Man schüttelt ob dieser wunderlichen Weisheiten den Kopf und wandert in das andere Warenhaus. Hier dieselbe Auskunft. Nur daß hier der Verkäufer auf die Frage: Worum keine fertigen Fahnen? noch kurz und unfreundlich antwortet: „Darüber kann ich Ihnen keine Auskunft geben!“ Es scheint beinahe so, als ob es hier mal anders gewesen ist, als ob es hier fertige Fahnen gegeben hat, aber vielleicht keine schwarz-rot-goldenen? Hier liegen auch für den eventuellen Käufer parat auf dem Ladentisch Rollen von schwarzem, weißem, rotem und gelbem Fahnenstoff.

Wer sich also nun seine republikanische Fahne zusammenstellen muß, kommt im übrigen nicht ganz billig bei dem Geschäft fort. Der Weiter Fahnenstoff kostet 1,50 M. Rechnet man dazu den Lohn für das Nähen, für den Fahnenstod, die blanken Riegel und für die Bekräftigung der Fahnenstange, dürfte ein Preis von mindestens 15 Mark herauskommen. Die früheren Fahnen, die Fahnen des alten verstorbenen Kaiserreichs, waren bedeutend billiger, und man kann bequemer zu einer schwarz-weiß-rotten Fahne. Ob das am Ende die Freude an der schwarz-rot-goldenen Fahne deckeln soll, wenn dem Einzeln soviel Schwierigkeiten gemacht und soviel Hindernisse in den Weg gelegt werden, bis er seine Fahne der Republik hat?

Die Scheunenviertel-Krawalle.

Jüdische Volksgenossen in der Notwehr.

Vor dem Schöffengericht Berlin Mitte hatten sich heute die Vorstandsmitglieder des Bundes Jüdischer Frontsoldaten unter der Anführung von veranworteten, unbefugterweise bewaffnete Hausen gebildet und beschlagnahmt, und diese ohne gesetzliche Befugnis bewaffnet zu haben. Nach der Anzeige werden die Angeklagten beschuldigt, am 5. November d. J. im Jüdischen Gemeindehaus eine Wache eingerichtet und bewaffnete Patrouillen von dort entsandt, sowie zum Teil beschlagnahmt zu haben. Die Anzeige richtet sich gegen den Kaufmann Paul Toller, den Spezialarzt Dr. med. Hugo Bernhardt, den Kaufmann Max Goldlust, den Chemiker Dr. phil. Leo Löwenstein und den Kaufmann Salomon Thal. Sämtliche Angeklagte sind Vorstandsmitglieder des Bundes Jüdischer Frontsoldaten und erschienen zum Teil mit Orden und Ehrenzeichen, wie ER. 1. u. a.

Am 10. November, als im Anschluß an die allgemeinen Lebensmittelpreiserhöhungen in Berlin in der Grenadierstraße Plünderungen jüdischer Geschäfte und Wohnungen stattfanden, hat der Frontbund einen Teil seiner Mitglieder bewaffnet und Schußstreifen in diese Gegend geschickt, um die bedrohten Glaubensgenossen zu schützen. Der Angeklagte Bernhardt, als Führer der Streife, gab die Anweisung im allgemeinen ohne weiteres zu. Seine Leute hätten strikte Anweisungen gehabt, nur im Notfall von der Waffe Gebrauch zu machen. Die Mutmaßung des jüdischen Frontbundes wäre überflüssig gewesen, wenn die Schutzpolizei energisch eingegriffen hätte. Die Polizei hätte sich jedoch geweigert, die Juden zu schützen. Die Mitglieder der Streife seien sodann von den plündernden Massen als Juden erkannt worden und die Menge habe sich gegen diese gerichtet. Es entstand ein Handgemenge, in dessen Verlauf ein Schuß fiel, durch den ein Plünderer getötet wurde. Die Verantwortung hierfür lehnt der Angeklagte für sich und seine Mitglieder, sowie für den Frontbund ab. Die Streife sei schließlich von der Polizei festgenommen worden und auf Postautos zum Polizeipräsidium gebracht worden. Sie seien dann von Schutzmannschaften und auch Offizieren mißhandelt und beschimpft worden. Wegen die in Frage kommenden Sippen seien Strafverfahren gestellt worden und es schwebte ein besonderes Verfahren. Wie der Vorsitzende bemerkte, findet in dieser Sache demnächst schon eine Verhandlung statt. Da die Angeklagten alles Tatsächliche der Anzeige zugaben, wurde auf weitere Beweiserhebungen Verzicht geteilt. Die Angeklagten erklärten noch, daß die Waffen deshalb angeschafft worden seien, um in jener bedrohten Zeit sich und ihre Familien zu schützen. — Staatsanwaltschaftsrat Dr. Burckhardt beantragte selbst die Freisprechung mit der Begründung, daß die Angeklagten glaubhaft hätten, daß sie mit gesetzlicher Befugnis handelten. Bezüglich des unerlaubten Waffenbesitzes erklärte er sich damit einverstanden, daß auf Grund der Entlassungsverordnung das Verfahren eingestellt werde wegen Geringfügigkeit der Schuld der Angeklagten. Die Verteidiger schlossen sich dem Antrage an, indem sie noch besonders darauf hinwiesen, daß es menschlich ungerechtfertigt wäre, Leute, die dreizehnmal an der Front gewesen und mit dem ER. 1. ausgezeichnet seien, ins Gefängnis wegen eines so geringfügigen und aus der ganzen Situation entschuldigten und begrifflichen Verstoßes zu schicken.

Nach kurzer Beratung kam das Gericht zu einer Freisprechung sämtlicher Angeklagten mit der Begründung, daß ein widerrechtliches Verhalten der Angeklagten nicht vorliege. In den kritischen Tagen hätte der staatliche Schutz nicht ausgereicht, um die jüdische Bevölkerung zu schützen. Infolgedessen hätten die deutschen Juden das Recht gehabt, organisatorisch ihre Glaubensgenossen zu schützen. Bezüglich des unerlaubten Waffenbesitzes sei die Schuld der Angeklagten offensichtlich gering. In jenen kritischen Tagen wäre es menschlich entschuldbar gewesen, wenn Juden sich auch ohne Bewaffnung eine Waffe besorgten, um sich und ihre Familie zu schützen.

Die „Vorwärts“-Ausgabe des Treptow, Reichsholzstr. 16b, liefert allen Abonnenten, die während des Sommers in den dort liegenden Laubenkolonien wohnen, den „Vorwärts“. Sie bitten um entsprechende Mitteilungen.

Um die Betriebskosten.

Wir haben uns in der Frage der Betriebskosten, die bekanntlich zu den meisteinstimmigsten gehört, an eine Autocritik auf dem Gebiete des Betriebswesens gewandt. Die folgende Erläuterung dürfte zur Klärung dieser Streitfragen beitragen.

Die Frage der Betriebskosten ist durch den Erlaß des Volkswirtschaftsministers vom 24. April d. J. mit Wirkung vom 1. Mai ab wie folgt geregelt worden: Für die Betriebskosten (außer den Verwaltungskosten) sind 15 v. H. der reinen Friedensmiete angelegt, die in der gefälligen Miete von 35 bzw. 31 v. H. mit enthalten sind. Reichen die 15 v. H. der Friedensmiete zur Deckung der Betriebskosten nicht aus, so kann der nicht gedeckte Mehrbetrag bis zur Höhe von weiteren 3 v. H. der Friedensmiete umgelegt werden. Kommen in einem Zahlungsabschnitt Betriebskosten nicht zur Erhebung, so sind die hierdurch gesparten Beträge bei der nächsten Mietzahlung auf eine vom Vermieter etwa vorzunehmende Umlage der Betriebskosten in Anrechnung zu bringen. Hat der Vermieter Betriebskosten (z. B. Versicherungsprämien) für einen längeren Zeitraum im voraus zu entrichten, so muß er diese gleichmäßig für den Zeitraum, für den die Zahlung erfolgt, auf die einzelnen Mietzahlungstermine verteilen. Aus diesen Anordnungen ergibt sich: 1. daß der Vermieter Ueberschüsse, die er an den 15 v. H. der Friedensmiete für Betriebskosten erzielt, niemals den Mietern herauszahlen darf (eine Folge des festen Betriebskostensatzes), 2. daß der Vermieter zur Berechnung über die Verwendung der 15 v. H. für Betriebskosten erst gezwungen werden kann, wenn er einen Nachschuß von den Mietern einfordert. Tut er letzteres, so muß er zunächst nachweisen, daß er in den Vormonaten erparierte Beträge zunächst zur Deckung des Fehlbetrages im letzten Monat verwendet hat. Wenn auch nach Abzug solcher Ueberschüsse von dem Fehlbetrag des letzten Monats ein nicht gedeckter Betrag verbleiben sollte, ist der Vermieter berechtigt, diesen Rest auf sämtliche Raumhaber des Gebäudes nach dem Verhältnis der Friedensmieten umzulegen, niemals aber mehr als 3 v. H. der Friedensmiete. Räume, die nicht vermietet sind, sind hierbei mitzurechnen, ebenso die Räume des Vermieters, Verwalters, Portiers usw.

Sochkonjunktur bei der Feuerwehr.

Die Berliner Feuerwehr hatte in den letzten Tagen ununterbrochen zu tun. Die Lätigkeit häuften sich förmlich an. Die Alarme mittels Feuerwehler, Fernsprecher usw. liefen oft gleichzeitig von mehreren Stellen ein. Es scheint, als ob in mehreren Fällen Brandstifter ihre verbrecherische Hand im Spiele gehabt haben. In der Tuorstr. 1a, wo eine Fabrik früh um 4 Uhr brannte, konnte noch festgestellt werden, daß es an mehreren Stellen, die getrennt voneinander lagen, fast gleichzeitig brannte. Die Flammen breiteten sich natürlich schneller als sonst aus, so daß die Wehr tüchtig zu tun hatte, um des gefährlichen Brandes Herr zu werden, was aber erst gelang, nachdem mit mehreren Motorspritzen enorme Wassermengen verbraucht waren. Der Schaden ist groß. Eine Betriebsstörung läßt sich nicht vermeiden. Ein großer, weithin sichtbarer Feuerchein rief die Jäger 19 und 24 nach dem Nordbahnhof, Bernauer Straße, wo eine Bore mit Stroh nachts brannte. Um die Gefahr für andere Ladungen zu beseitigen, mußte die Feuerwehr mit mehreren Rohren Wasser geben. Vermutlich ist dieser Brand durch Funkenflug einer Lokomotive entstanden. Nachts um 2 Uhr stand in der Höhenlausenstraße 63 ein Kesselhaus in Flammen. Die Schöneberger Feuerwehr griff mit mehreren Schlauchleitungen erfolgreich an, wodurch eine weitere Ausbreitung des Feuers auf die Betriebsräume verhindert wurde. Der 15. Löschzug wurde abends gegen 9 Uhr nach der Bremer Str. 32 in Moabit alarmiert. Dort war ein Balkon im 2. Stock durchgebrochen und auf den darunter befindlichen Balkon des ersten Stockwerks gestürzt, auf dem zum Glück niemand mehr saß. Ein Mann, der auf dem abgestürzten Balkon geblieben hatte, war an einem eisernen Träger hängengeblieben und eingeklemmt. Er konnte in Sicherheit gebracht werden.

Rundfunk in der Eisenbahn.

Lange Eisenbahnfahrten am Tage durch einsamere Gegenden und noch mehr die Fahrten in den Abendstunden bedeuten oft quälende Stunden für zahlreiche Reisende. Um die Zeit abzukürzen, greift man zur Reiselektüre; aber auch dieses Zerstreungsmittel bietet vielen Personen nicht den erhofften Genuss, weil das Lesen im Zuge die Augen kurz mitnimmt. Es liegt deshalb der Gedanke nahe, durch akustische Darbietungen dem Unterhaltungsbedürfnis Genüge zu tun. Eine interessante Neuerung in dieser Richtung wurde in den letzten Tagen durch die auf dem Gebiete des Funkwesens schon mehrfach hervorgetretene Firma Erich F. Huth einigen Vertretern der Reichsbahn im D. V. J. Hamburg-Berlin vorgeführt. In jedem Stuhlpaß eines Abteils war ein Kopfhörer angebracht, mit dem der Rundfunk des Bogenhauses in Berlin aufgenommen werden konnte. Der Empfang war in bezug auf Lautstärke und Reinheit unabhängig von der Entfernung von Berlin ein ausgezeichneter und erfuhr durch das Geräusch des Fahrens keinerlei Beeinträchtigung. Ob diese Neuerung für das reisende Publikum nutzbar zu machen sein wird, steht noch offen und hängt in erster Linie davon ab, inwieweit derartige Einrichtungen einen wirtschaftlichen Ertrag liefern können.

Erdbeben bei Erzerum.

Nach einer Meldung aus Konstantinopel hat sich am 13. Mai um 4 Uhr morgens in der Gegend von Erzerum ein Erdbeben ereignet. Drei Dörfer sind von Grund aus und vier teilweise zerstört worden. Ungefähr 50 Personen sind ums Leben gekommen. Die Erschütterungen dauern mit Unterbrechungen fort.

Ein gefährliches Feuerwerk. Bei einem gestern auf dem Sportplatz „International“ in Wien veranstalteten Feuerwerk wurde durch die Explosion eines Mörsers eine Frau getötet; drei Personen wurden schwer und drei leicht verletzt.

Schiffszusammenstoß im Kanal. Infolge dichten Nebels ist der norwegische Dampfer „Bors“ im Kanal mit dem deutschen Dampfer „Sirkus“ zusammengestoßen. Beide Dampfer haben erhebliche Beschädigungen davongetragen, doch ist es ihnen gelungen, nach Southampton mit eigener Kraft zu gelangen.

Verband Volksgelübter, Ostseeverein Berlin. Der für den 8. Mai angekündigte Vortrag: Radisport — Radkultur, Gen. G. Hedemeyer, findet nunmehr heute, Donnerstag abend, 8 Uhr, im Rinkischen Gymnasium, Wallstraße (Ode-Inselstraße), statt. Eintritt frei! Diskussion.

Wetter für morgen.

Berlin und Umgegend: Gemitterförmigen möglich, im übrigen kühler als heute. Deutschland: Im mittleren Norddeutschland Gewitterneigung, in den anderen Landesteilen trocken, überall noch warm.

Groß-Berliner Parteinachrichten.

Die Sammelliste zur Reichstagswahl Nr. 746 ist in der 31. Abteilung verloren worden. — Bei einem eventuellen Versuch, darauf noch weiter zu sammeln, ist diese Liste anzuhalten und an das Bureau einzuliefern. J. V.: Alex Pagels.

Alt. Lehndorf. Morgen, Freitag abend 8 Uhr, Funktionärsversammlung bei Müller. Alle Funktionäre müssen anwesend sein.

Geschäftliche Mitteilungen.

Das bekannte Warenhaus des Nordens, Herr Schröder, Sminenländer Str. 36, eröffnet heute nachmittag in den gemieteten Räumen der 4. Etage seine Lebensmittelausstellung. Mit mündelbarer Geschäftlichkeit ist hier eine Abteilung geschaffen worden, die der Hausfrau es ermöglicht, ihren gesamten Bedarf an Lebensmitteln zu decken. Wir verweisen auf die Anzeige in vorliegender Nummer.

Gewerkschaftsbewegung

Eisenbahner, Augen auf!

Stimmzettelfälschung der „Opposition“.

Am Dienstag abend wurde an dieser Stelle bereits geschildert, wie die einmal als „Freier Eisenbahnerverband“, dann wieder als „Vereinigte Eisenbahneropposition“ oder auch als „oppositionelle“ Mitglieder des Deutschen Eisenbahnerverbandes aufstretenden Kommunisten mehrfach zur Fälschung gegriffen haben, um Kandidatenlisten zusammenzubringen. Dabei ist es aber nicht geblieben, vielmehr scheute die Opposition auch vor Fälschung von Stimmzetteln nicht zurück.

Im Bezirk Erfurt hat die kommunistische Opposition als neueste Stimmzettelfälschung Stimmzettel des Deutschen Eisenbahnerverbandes gefälscht. Einer dieser Stimmzettel hat folgendes Aussehen:

1. Ortsbetriebsrat. Liste: Deutscher Eisenbahnerverband.
 2. Bezirksbetriebsrat. Liste: Vereinigte Eisenbahneropposition.
 3. Hauptbetriebsrat. Liste: Vereinigte Eisenbahneropposition.
- Dieser Stimmzettel ist falsch! Die Ortsvorstände müssen diesen gefälschten Stimmzettel für ungültig erklären.

Der richtige Stimmzettel hat folgenden Wortlaut:

1. Ortsbetriebsrat: Liste des Deutschen Eisenbahnerverbandes. (Betriebsobmann.)
2. Bezirksbetriebsrat: Liste des Deutschen Eisenbahnerverbandes.
3. Hauptbetriebsrat: Liste des Deutschen Eisenbahnerverbandes.

Die Kommunisten sind doch Teufelsterke. Einmal ist der DGB eine „gelbe Amsterdamer Reformistengarde“, deren Tätigkeit nur im „Berat der Eisenbahner“ besteht, das andere Mal benutzen sie in Ermangelung eigener positiver Leistungen die Zugkraft des Deutschen Eisenbahnerverbandes zu kommunistischen Wahlgeschäften. Wie's eben trifft!

Eisenbahner, laßt euch nicht täuschen!

Geht den Fälschern am Wahltag die richtige Antwort. Alle wirklich klassenbewußten Eisenbahner wählen die gewerkschaftlichen Vorschlagslisten des Deutschen Eisenbahnerverbandes!

Der Baugewerksbund zum Vergleichsvorschlag.

Knappe Mehrheit für Annahme.

In der am Mittwochabend abgehaltenen Generalversammlung des Baugewerksbundes berichtete der Vorsitzende Thöns über die Verhandlungen, aus denen der in Nr. 222 des „Vorwärts“ veröffentlichte Vergleichsvorschlag hervorging. Die Bauarbeiter haben — wie der Redner betonte — im Einvernehmen mit den Zimmerern sich mit aller Kraft für die Beibehaltung der gegenwärtigen Arbeitszeit von 46½ Stunden wöchentlich eingesetzt. Sie haben aber diese Forderung trotz stundenlangem Debatte vor dem Schlichter nicht durchsetzen können. Ebenso ging es mit der Forderung eines Stundenlohnes von 1 M., die ebenfalls einmütig gestellt wurde.

Hinsichtlich der Stellungnahme des Baugewerksbundes zum Vergleichsvorschlag sagte Thöns: Der Vorstand hat des für und wider eingehend erörtert. Die Mehrheit des Vorstandes hält es unter Berücksichtigung der gegenwärtigen Verhältnisse für ein Erfordernis der Klugheit, den Kollegen die Annahme des Vergleichsvorschlages zu empfehlen. Der Redner betonte, seine persönliche Auffassung decke sich mit der Stellung der Vorstandsmehrheit. Den Vergleichsvorschlag wolle er durchaus nicht verteidigen, denn dieser erfülle ja die Forderungen der Arbeiter nicht. Auch der Mehrheit des Vorstandes sei es nicht leicht gewesen, die Annahme zu empfehlen. Die Annahme des Vergleichs werde nicht seines Inhalts wegen empfohlen — denn mit diesem sei niemand zufrieden —, sondern lediglich deshalb, weil es klüger erscheine, die Gelegenheit zur Beendigung des Kampfes zu benutzen, als ihn fortzuführen, da es doch zweifelhaft sei, ob ein Erfolg noch erwartet werden könne.

Die Entscheidung über Annahme oder Ablehnung soll heute durch Urabstimmung der Mitglieder getroffen werden. Sollte wider Erwarten die Urabstimmung gescheitert werden, dann ist der Beschluß der Generalversammlung maßgebend.

Die ersten Diskussionsredner traten für Ablehnung des Vergleichs ein. Sie begründeten ihren Standpunkt im wesentlichen so: Die Annahme des Vergleichs durch den Baugewerksbund würde keine Ruhe im Baugewerbe bringen, denn die Chemnitzer Aktion und der Zimmererverband hätten bereits die Ablehnung des Vergleichs und Fortführung des Kampfes beschlossen. Auf den Baustellen, die durch dieses Vorgehen stillgelegt werden, würde auch für die Kollegen, die zu den Bedingungen des Vergleichs arbeiten wollen, keine Arbeit vorhanden sein. Uebrigens sei die gegenwärtige Kampfslage für die Arbeiter günstiger als für die Unternehmer. Der einmal begonnene Kampf müsse jetzt durchgeführt werden. Wenn der Kampf für den nächsten Tag vor der Entscheidung aufgegeben werde, gehe der Organisation die Werkkraft verloren. Die Bauarbeiter könnten ja auch ohne Tarif arbeiten.

Andere Diskussionsredner empfahlen die Annahme aus den vom Referenten angeführten Gründen.

Im Schlußwort legte Thöns nochmals eingehend dar, daß man bei ruhiger sachlicher Erwägung zu der Auffassung kommen müsse, daß die Annahme des Vergleichs auch im Interesse der geschlossenen und einheitlichen Beendigung des gegenwärtigen Kampfes zu empfehlen ist.

Die Versammlung entschied sich mit knapper Mehrheit für die Annahme des Vergleichsvorschlags. — Die maßgebende Entscheidung wird, wie schon bemerkt, durch die heutige Urabstimmung gegeben.

Für die Bergarbeiterhilfe.

Entscheidung der Postbeamten.

Die am 13. Mai in Haerlands Festhallen zahlreich versammelten Funktionäre der Allgemeinen Deutschen Postgewerkschaft sprachen den Bergarbeitern Deutschlands in ihrem Kampfe gegen ein unerträgliches Unternehmertum volle und unbedingte Solidarität aus. Sie begrüßten die vom Allgemeinen Deutschen Beamtenbund zugunsten der Bergarbeiter eingeleitete Sammlung und sagen den Bergarbeitern ihre tatkräftige Unterstützung bis zum vollständigen Siege zu, der die endgültige Anerkennung des Achtstundentages für alle Arbeitnehmer zur Folge haben muß.

Abgelehnte Hilfsaktion in Oberschlesien.

In Hindenburg waren gestern die Vertreter der ober-schlesischen Städte zu einer Besprechung über die von den Streikenden beantragte Einrichtung von Rassenpeisungen versammelt. Sie wurde mit der Begründung abgelehnt, daß eine solche Unterstützung ein Eingriff in den Streik sei. In allerdingenden Fällen soll die Armenpflege helfen oder Arbeiterkinder gespeist werden.

Die jarte Rücksichtnahme auf die Unternehmerinteressen übermög also das Getöse der Menschlichkeit, den hungenden Kindern und

Frauen der Streikenden beizuspringen. Die Unternehmer mit ihren Familien hungern nicht, bei noch so langer Streikdauer. Die wirkliche Neutralität in Arbeitskämpfen ist doch dann erst herbeigeführt, wenn auch die Arbeiter und ihre Familien nicht hungern müssen. Das Risiko der Streikenden und Ausgesperrten ist auch bei Massenstreikungen noch so sehr groß, als daß es durch Massenstreikungen ausgeschaltet werden könnte. Wie mit der verwerflichen Praxis im Krankenkassenwesen gebrochen wurde, bei „Selbstversicherung“ die Hüte zu verjagen, so muß denn doch einmal auch mit der Unmenslichkeit gebrochen werden, bei allen Arbeitskämpfen die Familien der ausgesperrten oder streikenden Arbeiter durch Anshungerung in ihrer Gesundheit zu schädigen.

Der Ausstand in den Bergwerken und Häuten Deutsch-Ober-Schlesiens ist jetzt allgemein. Seit heute früh streikt die staatliche Zeche in Malapane. Das Borzignwerk, wo heute vormittag eine Belegschaftsoberversammlung stattfindet, wird heute nachmittag

ebenfalls stillgelegt und das Zuzahl-Werk von Oberbedarf wird folgen, so daß nur noch die überschüssigen Elektrizitätswerte und die staatliche Hütte in Gleiwitz arbeiten. Die Bergwerke, bei denen der Ausstand jetzt zehn Tage dauert, liegen sämtlich still.

Ausstellung der böhmischen Arbeitererschaft.

(308.) In den Monaten Juni-August d. J. wird in Kuffig eine große, von den Gewerkschaften, den Krankenkassen, Genossenschaften und Bildungsorganisationen veranstaltete Ausstellung für Arbeiterkultur und Wirtschaft in dem deutschsprachigen Gebiete der Tschechoslowakei stattfinden. Zwischen den Hallen von Industrie, Handel und Landwirtschaft wird sich ein wichtiger Bau des Proletariats, das „Haus der Arbeit“, erheben. Mittels in der Schau-stellung kapitalistischer Warenkultur richtet es die deutschböhmische Arbeitererschaft auf als kulturelles Wahrzeichen proletarischen Ringens und Strebens.

Der Arbeitszeitkampf in Mannheim geht weiter. Der Auf-forderung der Metallindustriellen, die Arbeit unter ihren Be-dingungen wieder aufzunehmen, sind die Arbeiter nirgends gefolgt. Sie erschienen in Massen vor den Werken, haben diese aber nicht betreten. Wenn in dem bekannnten Polizeihilf berichtet wird, zu Zusammenstößen mit der Polizei ist es nicht gekommen — als ob man solche erwartet hätte —, so zeugt das nur von dem guten Korps-geist und der geistigen Stufe der Arbeitererschaft.

Die englischen Kohlenverlader haben den angekündigten Streik aufgeschoben, da die Regierung einen Untersuchungsausschuß ein-setzen will.

Verantwortlich für Politik: Graf Reuter; Wirtschaft: Felix Gatermann; Gewerkschaftsbewegung: Felix Gatermann; Sozialismus: Dr. John Schickel; Politik und Sonstiges: Felix Gatermann; Anzeigen: Th. Gleditsch, sämtlich in Berlin. Verlag: Vorwärts-Verlag G. m. b. H., Berlin. Druck: Vorwärts-Druckverlag und Verlagsanstalt Paul Singer u. Co., Berlin SW. 6, Lindenstraße 2.

Rekord-Qualitäten in Nudeln

aus eigener Teigwarenfabrik.

Mit Ei hergestellte:		Allerfeinste Bandnudeln..... Pfund 36 Pf.	
Eier-Bandnudeln Pfund 46 Pf.		Hochfeine Bandnudeln..... Pfund 28 Pf.	
Eier-Makkaroni Pfund 60 Pf.		Allerfeinste Fadennudeln..... Pfund 42 Pf.	
Eier-Fadennudeln Pfund 56 Pf.		Hochfeine Fadennudeln..... Pfund 36 Pf.	
Hochfeine Makkaroni..... Pfund 46 Pf.			
Reichelt Auszugmehl 120			
Das Feinste vom Feinsten..... 5-Pfund-Beutel			
Hochfeines Auszugmehl Pfd. 22 Pf.	Allerfeinstes Weizenmehl Pfd. 18 Pf.	Feinster Weizengries Pfd. 22 Pf.	
Gutes Auszugmehl Pfd. 20 Pf.	Hochfeines Weizenmehl Pfd. 16 Pf.	Feinster Hartweizengries Pfd. 30 Pf.	

Reichelt

Kaffee-Rösterei / Getreide-Mälzerei und Rösterei / Zichorienfabrik / Nudelfabrik
Marmeladenfabrik / Puddingpulverfabrik / Reinigungs- und Sortierwerk für Hülsenfrüchte.

Diese Fabriken sind unser Eigentum und arbeiten ausschließlich für unsere 146 Lebensmittel-Detailgeschäfte.

Damen-Schnürschuhe moderne Formen 6⁹⁵	Wir verkaufen weiter billig! Einige Beispiele: Damen-Schnürschuhe Damen-Schuhe, braun in braun, gute Verarbeitung . . . 10⁵⁰ moderne Formen, Schiebeschnalle 12⁵⁰	Kräftige Kinderstiefel Größe 27/30 . 6⁵⁰ Größe 31/35 . 7²⁵
Damen-Pumps braun, moderne Formen 12⁵⁰		Damen-Spangenschuhe 2 Riemen, moderne Formen 8⁵⁰
Kräftige Arbeitsstiefel mit und ohne Kappen 7⁹⁰		Herrn-Schnürstiefel prima Rindbox, angenehme Formen 9⁸⁵

F. POTOLOWSKY NACHFOLGER
SCHUHWARENHAUS
Große Frankfurter Straße 141, Ecke Fruchtstraße

Großer Umsatz! Aus meiner Spezialabteilung: **Kleiner Nutzen!**

Gummimäntel Nessel . . **18⁵⁰** **Gummimäntel** Körper . . **23²⁵**
Gummimäntel Couvertout oder gemusterte Stoffdecke, tadelloser Sitz M. **95⁰⁰ 75⁰⁰ 60⁰⁰ 45⁰⁰**

Walter Schnelle, Berlin-Wilmersdorf Berliner Str. 32, I
an der Umlandstraße

Heute nachm. 3 Uhr **Wieder-Eröffnung**
Lebensmittel-Abteilung Verkauf solange Vorrat!

Kolonialwaren Weizenmehl 000... Pfd. 15 Pf. Auszugmehl..... Pfd. 18 Pf. Tafelreis..... Pfd. 18 Pf. Weizengriech..... Pfd. 20 Pf. Bandnudeln..... Pfd. 23 Pf. Backobst..... Pfd. 75 Pf. Zucker..... Pfd. 39 Pf.	Räucherwaren Bücklinge..... Pfund 40 Pf. Seelachs..... Pfund 40 Pf. Sprossen..... Pfund 35 Pf. Flundern..... Pfund 60 Pf. Lachshering..... Stück 15 Pf. Salzhering..... Stück 5 Pf. Oelsardinen..... Dose 45 Pf.	Butter und Käse Margarine..... Pfund 48 Pf. Schmalz..... Pfund 62 Pf. Molkerei-Butter 1/2 Pfd. 1.05 Harzer Käse..... 1/2 Pfund 15 Pf. Quadrat-Käse..... Pfund 35 Pf. Limburger Käse..... Pfund 80 Pf. Milch..... Dose 30 Pf. Milch gesauert..... Dose 35 Pf. Norweger Sahne..... Dose 42 Pf.	Frisch-Fleisch Verkaufsstelle der Presto-Fleischwerke. Rindfleisch Querrippe. Pfd. 70 Pf. Kalbfleisch Nachbrust Pfd. 70 Pf. Kalbsbrust..... Pfd. 76 Pf. Schweinebauch Pfd. 76 Pf. Hammeldünnung Pfd. 76 Pf.
Konfitüren Malzbonbons 1/4 Pfd. 13 Pf. Honigbonbons 1/4 Pfd. 18 Pf. Maiwein-Mischung 1/2 Pfd. 20 Pf. Block-Schokolade 19 Pf. Nuß-Schokolade 100 Gramm 29 Pf. Pralinés Karton 35, 25 Pf. Butterkeks frisch . . 1/4 Pfd. 20 Pf.	Wurstwaren Hallsche Zwiebelwurst 60 Pf. Sächsische Blutwurst . . Pfund 72 Pf. Jagdwurst Pfund 1.40 Corned Beef Dose 55 Pf. Blut- u. Leberwurst es. 1 Pfd. Dose 42 Pf. Amerik. Würstchen Dose 30 Pf. Schinken geräuch. 2-3 Pfd.-Stücke Pfd. 95 Pf.	Verschiedenes Kirsch-Marmelade Pfund 35 Pf. Erdbeer-Marmelade Pfund 48 Pf. Rot-Weiß- u. Wirsingkohl 2-Pfd.-Dose 48 Pf. Schnittbohnen 2-Pfd.-Dose 3.25 Pflaumen 2-Pfd.-Dose 75 Pf. Kirschen 3-Pfd.-Dose 90 Pf.	Gefrierfleisch Kamm Pfd. 54 Pf. Fehlrippe Pfd. 56 Pf. Schmorfleisch m. Knoch. Pfd. 56 Pf. Rouladen Pfd. 90 Pf.

Weine und Liköre zu den **billigsten Preisen**

Das billige Warenhaus des Nordens **Ulry** A.-G. Gebrüder
Swinemünder Straße 86 Ecke Lortzingstr.

Gratis-Kostproben von **Puddings, Nährflocks und Quetsch-Kaffee**

Strassenbahn 40, 143, 9, 30, 31, 32, 41, 99, 100, 24. Anton A. Ringh. Gesundheitsbrunnen. Stadt Danziger Str.